



HESSISCHER LANDTAG

22. 09. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Schulfach Wirtschaft und ein Zentrum für ökonomische Bildung als Hebel einer hessischen Finanzbildungsstrategie

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass ökonomische und finanzielle Kenntnisse eine wesentliche Voraussetzung für selbstbestimmte Entscheidungen, gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Leistungsfähigkeit sind. Gleichzeitig ist grundlegendes Finanzwissen in der Bevölkerung nicht ausreichend verbreitet. Der Hessenmonitor Finanzkompetenz zeigt, dass insbesondere bei jungen Menschen ein großes Interesse an Finanzthemen auf erhebliche Wissenslücken und fehlende Bildungsangebote trifft.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, eine ressortübergreifende hessische Strategie zur Stärkung der ökonomischen und finanziellen Bildung zu entwickeln. Diese soll die bestehenden Maßnahmen und Zuständigkeiten der beteiligten Ministerien bündeln, klare Ziele und Verantwortlichkeiten festlegen sowie die schulische, außerschulische und verbraucherbezogene Bildung zu einem kohärenten Gesamtkonzept verbinden. Dabei soll an die auf Bundesebene entworfene Nationale Finanzbildungsstrategie angeknüpft und diese für Hessen konsequent weiterentwickelt werden.
3. Zentraler Hebel zur Stärkung ökonomischer Bildung in Hessen ist ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft ab Sekundarstufe 1. Innerhalb verbindlicher Bildungsziele und Unterrichtsumfänge sollen die Schulen zugleich Freiräume bei der pädagogischen Ausgestaltung, der Schwerpunktsetzung, der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und der schulorganisatorischen Umsetzung erhalten. In einem ersten Schritt soll dazu die ökonomische Bildung in den hessischen Schulen verbindlich gestärkt werden. Kerncurricula sollten deutlich stärker auf ökonomische Grundkompetenzen und lebensnahe finanzielle Fragestellungen ausgerichtet werden.
4. Eine nachhaltige Stärkung der ökonomischen Bildung bedarf fachwissenschaftlich und wirtschaftsdidaktisch gut ausgebildeter und entsprechend motivierter Lehrkräfte. Die gegenwärtigen Strukturen der Lehrkräftebildung in Hessen gewährleisten dies nicht in ausreichendem Maße. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, gemeinsam mit den lehrkräftebildenden Hochschulen die Voraussetzungen für die Gründung eines Hessischen Zentrums für ökonomische Bildung zu schaffen und dieses an einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät anzusiedeln. Wissenschaftlicher Kern des Zentrums soll mindestens ein dauerhaft und angemessen ausgestatteter wirtschaftsdidaktischer Lehrstuhl sein. Das Zentrum soll die wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Lehrkräftebildung stärken, Forschung und Lehre in der Wirtschaftsdidaktik ausbauen, moderne Lehr- und Lernangebote entwickeln, Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte bereitstellen und als landesweite Koordinierungs- und Transferstelle zwischen Wissenschaft, Schule und wirtschaftlicher Praxis wirken.

Begründung:

Ökonomische Bildung ist eine wesentliche Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Eine verbindliche und systematische Verankerung ökonomischer Bildung in den Schulen ist erforderlich, damit Schüler unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Elternhaus grundlegende wirtschaftliche und finanzielle Kompetenzen erwerben. Menschen müssen in der Lage sein, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, Finanzinformationen einzuordnen und eigenverantwortliche Entscheidungen über Konsum, Verträge, Versicherungen, Geldanlage und Altersvorsorge zu treffen. Fehlendes Finanzwissen kann Fehlentscheidungen, Überschuldung und eine unzureichende private Vorsorge begünstigen. Zugleich erschwert es die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

Der Hessenmonitor Finanzkompetenz verdeutlicht, dass junge Erwachsene in Hessen ein großes Interesse an Finanzthemen haben. Diesem Interesse stehen jedoch erhebliche Wissenslücken und ein Mangel an systematischen Bildungsangeboten gegenüber. Viele junge Menschen geben an, während ihrer Schulzeit keine oder nur geringe Kenntnisse im Umgang mit finanziellen Fragestellungen erworben zu haben. Der Zugang zu Finanzwissen hängt daher weiterhin in erheblichem Maße vom Elternhaus und von außerschulischen Informationsquellen ab.

Die auf Bundesebene unter maßgeblicher Beteiligung von Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger angestoßene nationale Finanzbildungsstrategie hat erstmals einen ressortübergreifenden Ansatz verfolgt, wurde jedoch nicht konsequent fortgeführt. Es ist anerkennenswert, dass auch die Landesregierung das Erfordernis einer besseren finanziellen Bildung erkannt hat. Doch auch in Hessen verteilen sich die Zuständigkeiten und Maßnahmen auf mehrere Ministerien, ohne dass bislang eine gemeinsame strategische Ausrichtung, eine klare Koordinierung oder verbindliche Zielsetzungen erkennbar sind.

Ökonomische Inhalte müssen im Unterricht verbindlicher verankert werden. Schülerinnen und Schüler benötigen ein grundlegendes Verständnis des Zusammenwirkens von Unternehmen, privaten Haushalten und Staat sowie Kompetenzen für lebensnahe Entscheidungen in den Bereichen Arbeit, Konsum, Verträge, Versicherungen, Geldanlage und Vorsorge.

Ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft schafft hierfür klare Kompetenzziele, verlässliche Unterrichtsstandards und eine belastbare Grundlage für die Leistungsbewertung. Zugleich bleibt den Schulen innerhalb klarer staatlicher Vorgaben der notwendige Freiraum, eigene Schwerpunkte zu setzen, innovative Unterrichtsformen zu nutzen und auf die Bedingungen vor Ort zu reagieren. Schulautonomie darf nicht dazu führen, dass ökonomische Bildung freiwillig wird, sondern soll die Qualität ihrer konkreten Umsetzung verbessern.

Eine dauerhafte Verbesserung der ökonomischen Bildung kann nicht allein durch einzelne Projekte, Unterrichtsmaterialien oder punktuelle Kooperationen erreicht werden. Entscheidend ist die Qualifikation der Lehrkräfte. Nur wer selbst über fundierte wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und wirtschaftsdidaktische Kompetenzen verfügt, kann ökonomische Zusammenhänge fachlich belastbar, kontrovers, lebensnah und altersgerecht vermitteln. Die bestehenden Strukturen der hessischen Lehrkräftebildung werden diesem Anspruch nicht hinreichend gerecht. Die Ausbildung für das Fach Politik und Wirtschaft ist überwiegend an sozialwissenschaftlich ausgerichteten Fachbereichen angesiedelt. Angehende Lehrkräfte setzen deshalb häufig einen Schwerpunkt im Bereich der Politikwissenschaft, während wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Inhalte vergleichsweise schwach ausgeprägt bleiben. Die OeBiX-Studie weist für Hessen insbesondere im Bereich der Lehrkräftebildung deutliche Defizite aus.

Mit einem Hessischen Zentrum für ökonomische Bildung wird dieses strukturelle Problem an seiner Ursache angegangen. Die institutionelle Verankerung der Wirtschaftsdidaktik an einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät stärkt die Ausbildung künftiger Lehrkräfte und schafft zugleich eine dauerhafte Grundlage für Forschung, Fortbildung und den Transfer in die schulische Praxis. Die Landesregierung ist in der Verantwortung, dem Landtag ein aufkommensneutrales Konzept zur personellen, organisatorischen und finanziellen Ausgestaltung des Zentrums vorzulegen, das eine verlässliche staatliche Grundfinanzierung, die wissenschaftliche Unabhängigkeit sowie transparente Regeln für die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern sicherstellt.

Wiesbaden, 22. September 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas